

Republikanische Regression

Der Wahlverlierer lenkt – leidlich – ein, kann das Poltern und Sich-Aufplustern aber nicht lassen | Von Henning Hoff



Im Freizeitlook: Donald Trump

Nun also doch. „Ich möchte Emily Murphy für ihre Loyalität unserem Land gegenüber danken“, twitterte Donald Trump Anfang der Woche. „Sie wurde belästigt, bedroht und beschimpft“, so der Noch-Präsident über die Chefin der General Services Administration. Diese US-Behörde stellt im Fall eines Machtwechsels der zukünftigen Regierung eines neugewählten US-Präsidenten die Mittel für die Übergangsphase bereit. Ins Amt kommt die neue Regierung dann am 20. Januar 2021, wenn der neugewählte Präsident vereidigt wird.

„[Die Anfechtung des Wahlergebnisses] geht MIT VOLLER KRAFT weiter, ... wir werden am Ende gewinnen. Trotzdem möchte ich im Interesse unseres Landes empfehlen, dass Emily und ihre Mannschaft tun, was getan werden muss ... Ich habe meinem Team das Gleiche gesagt.“

So geht Trumps unrühmliche erste und bislang einzige Amtszeit ihrem ebenso unrühmlichen Ende entgegen. Immer bizarrer wurden am Ende die Versuche von Trumps Anwälten, allen voran der frühere New Yorker Bürgermeister Rudy Giuliani, den demokratischen Prozess in der mächtigsten Demokratie der Welt auszuhebeln. Zuletzt hatte Giuliani sich dazu verstiegen zu behaupten, Caracas – und Frankfurt am Main (!) – seien in die „Wahlfälschungen“ verstrickt. Beweise legten er und seine Mitstreiter dafür nicht vor.

Dies führte dazu, dass sich selbst ein paar bislang treue Gefolgsleute von Trump abwandten. Tucker Carlson, Fox-News-Moderator und bis zu diesem Zeitpunkt ein unerschütterlicher Trump-Unterstützer, kritisierte diese Phantasmen als gefährlich; Ben Sasse, republikanischer Senator aus Nebraska, sprach von „wildem Pressekonferenzen, die das Vertrauen der Bevölkerung untergraben ... Wir sind eine Nation, die auf dem Recht aufbaut, nicht auf Tweets“.

Das stimmt, zumindest bis auf Weiteres. Die Gerichte diverser US-Bundesstaaten weisen die absurden Klagen der „Trumpisten“ immer energischer ab. Joe Biden, dessen Kabinett Gestalt annimmt und viel verspricht, angefangen beim designierten US-Außenminister Antony Blinken, wird der 46. Präsident der Vereinigten Staaten.

Und doch ist es höchst alarmierend, wie viele hochrangige Republikaner Trumps schmutziges Spiel mitspielen. Öffentlich kritisiert hat den Noch-Präsidenten nur eine Handvoll prominenter und derzeit Verantwortlicher tragender Republikaner, allen voran Mitt Romney, Senator aus Utah und vor acht Jahren Barack Obamas unterlegener Herausforderer.

Romney, der als einziger republikanischer Senator im Februar beim Impeachment-Verfahren für Trumps Amtsenthebung stimmte, weil ihn, wie er glaubhaft erklärte, sein Gewissen zur Wahrheit verpflichtete, gratulierte Biden und der kommenden Vizepräsidentin Kamala Harris und sagte voraus: „Trump wird sich in den letzten Tagen seiner Amtszeit nicht ändern; er ist, wer er ist. Er hat ein recht entspanntes Verhältnis zur Wahrheit. ... Am Ende wird er das Unausweichliche akzeptieren, aber ich erwarte nicht, dass er einfach still abtritt.“

„Erfolg“ hat Trump mit seiner Strategie bereits. Zweifel und Verschwörungstheorien säen, funktioniert erschreckend gut unter einem beachtlichen Anteil der fast 74 Millionen Amerikaner, die Trump gewählt haben – gegenüber 80 Millionen Stimmen für Biden, wohlgemerkt. Laut einer Ipsos/Reuters-Umfrage Mitte November sahen 73 Prozent der Amerikanerinnen und Amerikaner zwar Biden als Gewinner der Wahl und nur 5 Prozent Trump. Gefragt danach, wer der „rechtmäßige Sieger“ sei, sagten allerdings 52 Prozent der republikanischen Wähler: Donald Trump.

Indem sie Trump gewähren lassen, schaufeln sich die Spitzen der Republikaner letztlich ihr eigenes politisches Grab. Wenn er will, wird Trump 2024 wieder der republikanische Kandidat sein – wer sollte es in einer Partei, die die Untergrabung des eigenen politischen Systems zulässt, mit ihm aufnehmen? Für viele hat Trump zudem „geliefert“: Steuersenkungen für Wohlhabende und Unternehmen, konservative Richterinnen und Richter für die Gerichte, angefangen beim Obersten Gerichtshof. Dass sein selbstverliebter Trash-Talk und seine autokratischen Allüren auch bei einem erstaunlich großen Teil von Latino- und schwarzen Wählern ankam, lässt manche schon an eine Zukunft der Republikaner als rechtslastige Arbeiterpartei glauben.

Das verheißt nichts Gutes: für die amerikanische Innenpolitik und den Handlungsspielraum der Biden-Regierung in einem womöglich weiterhin von den Republikanern beherrschten Senat, aber auch für die US-Außenpolitik. Bis zur Trump-Wahl galt der alte Satz des republikanischen Senators Arthur Vandenberg, der an der Gründung der Vereinten Nationen 1945 mitwirkte: „Politics stops at the water's edge“ – will sagen: Sobald sich US-Politiker mit der Welt jenseits ihrer Küsten befassten, herrschte überparteilicher Konsens, zumindest in Grundfragen.

Mit ihrer Trump-Treue geben die Republikaner auch dieses Prinzip auf; Bidens angekündigte außenpolitische Kehrtwenden vom Klimaschutz bis zum Nuklearabkommen mit dem Iran dürften von den Republikanern aufs Heftigste bekämpft werden, wohl auch der pfleglichere Umgang mit europäischen und asiatischen Verbündeten. Trumps transaktionaler Nationalismus, seine Geringschätzung von Alliierten und internationalen Organisationen werden so immer weiter salonfähig. Die Präsidentschaft Joe Bidens, so vielversprechend sie ist, reicht womöglich nicht, diese fatale Entwicklung umzukehren.



DR. HENNING HOFF

ist Editor-at-Large von *Internationale Politik* und Executive Editor deren englischsprachiger Ausgabe, *Berlin Policy Journal*, herausgegeben von der Deutschen Gesellschaft für Auswärtige Politik (DGAP). Er ist Mit-Gründer des Verlags WELTKIOSK.

Das doppelseitige Schwert

Kein Geheimdienst, kein Gericht – um die AfD muss die Demokratie sich schon selbst kümmern | Von Claus Leggewie

Man schafft kein Übel ab, indem man es verbietet. Nach den Provokationen von AfD-Abgeordneten und ihren „Gästen“ im Deutschen Bundestag spielen einige mit dem Gedanken, die Rechtsparlei zu verbieten. Das ist keine gute Idee. Fast sechs Millionen Deutsche haben sie 2017 gewählt, ihre 89 Abgeordneten bilden die größte Oppositionsfraktion. In den Landtagen vor allem der ostdeutschen Länder (wo jeder Vierte, in Sachsen bald jeder Dritte ultrarechts gewählt hat) sitzen 248 Mandatsträger, weitere Hundertschaften in Kommunalparlamenten und Ortsbeiräten. Kaum zu ignorieren ist die breite Unterstützung der AfD, die sich aus einer Euro-kritischen Professorenpartei bis zur Unkenntlichkeit gehäutet hat: in eine völkisch-autoritäre, antidemokratische Partei. Sie zu verbieten, hieße frei nach Bertolt Brecht, sich ein anderes Volk wählen zu wollen.

Abgesehen davon demonstriert das Scheitern des NPD-Verbotsverfahrens 2017, dass ein neuer Antrag in Karlsruhe (und Straßburg) nur durchkäme, wenn zu belegen wäre, dass diese „NPD-Light“ noch radikaler ist als das Original, ihr rechte Gewalttaten anzulasten sind und sie ansatzweise in der Lage wäre, die Verfassungsordnung der Bundesrepublik Deutschland zu bedrohen.

Nachdem die NPD dem Verbot entgangen ist, weil sie zu klein und unbedeutend war, ist ein Parteiverbot jetzt problematisch, weil die AfD zu bedeutend ist, um die von ihr ausgehende Gefahr für die Demokratie auf juristischem Wege zu bändigen. Das Dilemma der im NPD-Urteil kreierte „Potentialität“ war ja, dass diese Verbotsvoraussetzung gegen eine wirklich bedeutende Partei politisch nicht durchzusetzen ist oder nur um den Preis, die Demokratie arg zu verkürzen.



Die Hochstufung der AfD vom Verdachts- zum Prüffall durch den Verfassungsschutz zeigte Wirkung, aber der scheinbare Erfolg dieser geheimdienstlichen Drohung war eher ein Armutszeugnis der „gemäßigten“ Funktionäre, Mitglieder, Anhänger und Wähler, die um ihre bürgerliche Reputation und berufliche Stellung bangten, wenn sie mit Ansichten eines Björn Höcke und dem identitären Aktionismus der „Jungen Alternativen“ identifiziert werden. Am Ende hat der geheimdienstliche Bannstrahl die AfD nicht veranlasst, sich zu mäßigen, eher übernahm der „Flügel“ den ganzen Rumpf.

Parteiverbote sind ein scharfes, doppelseitiges Schwert. Die Auseinandersetzung mit Altnazis und Stalinisten in der Frühzeit der Bundesrepublik war nicht wegen der 1952 gegen die SRP und 1956 gegen die KPD ausgesprochenen (und bisher einzigen) Verbote erfolgreich, sondern durch deren politische Marginalisierung. So gut wie niemand brauchte sie.

Und wer braucht heute die AfD? Seit 2019 ist sie in Niedergang und Selbsterfleischung begriffen, bei der Bundestagswahl ein Absturz Kandidat; nun möchte sie sich als Krisengewinnler der Pandemiekrise im Schulterschluss mit Verschwörungstheoretikern und Reichsbürgern, Maskenverweigerern und Impfgeg-

nern regenerieren. Noch makabrer als 2015, als Alexander Gauland zynisch erklärte, etwas Besseres als die Flüchtlinge hätten seiner Partei gar nicht passieren können, will die Partei jetzt die Verunsicherung durch die Corona-Pandemie nutzen. Stirb draußen: Das ist schlicht menschenfeindlich.

Hinter beziehungsweise eher neben der halbwegs berechenbaren Partei formiert sich der politische Amoklauf in Gestalt einer unstrukturierten Bewegung, die von der AfD keine Direktiven annimmt und sie eher vor sich her treibt. Der schwarze Tag im Deutschen Bundestag und der vorherige eher symbolische Sturm auf die Treppe des Reichstags haben gezeigt, was diese Wutbürger beabsichtigen: die Diskreditierung der Demokratie als Herrschafts- und Lebensform. Gaulands martialische Ankündigung von 2017, man werde die zur Diktatur hochstilisierte Regierung Angela Merks jagen, war ein Echo auf Donald Trumps Aufruf, Hillary Clinton einzusperren („Lock her up!“). Dass die AfD Joe Biden den Wahlsieg nicht gönnt, unterstreicht ihre Vorliebe für Trumps disruptive Methoden, mit denen er die politische Wirklichkeit derealisiert hat.

Nach langer Verharmlosung und Indifferenz ist nun wohl jedem klar, wie sich das sektiererische Bild drohender „Umvolkung“ durch Migranten auch in Deutschland eingestrichelt hat. Dem Parteitag wurde gerade ein Renten-Programm vorgelegt, das seine Nähe zum „nationalen Sozialismus“ der NSDAP gar nicht mehr verbergen will. Die von der AfD verbreiteten Phobien streuen weit in die Mitte der Gesellschaft, in deren Untergrund sich Hetzer und Gewalttäter beauftragt fühlen, zur Tat zu schreiten.

Die Kräfte rechts der Union werden sich nicht einfach in Luft auflösen; es gilt, sie politisch in Schach zu halten.

Aber wieso schreitet eine streitbare Demokratie dann nicht endlich zum Verbot? Eine Organisation könnte man vielleicht verbieten, eine solche Bewegung nicht. Nicht nur würde ein Verbotsantrag die im Sinkflug befindliche AfD zum Märtyrer stilisieren und sie im Fall eines erneuten in Karlsruhe gescheiterten Antrags zum moralischen Sieger erklären. Auch werden die Jahre, die bis zu einem Urteil verstreichen würden, besser genutzt, der angezählten Partei coram publico den Knockout zu versetzen. Nicht der Nachweis „verfassungsfeindlicher Ziele“ bescherte Ende der 1980er-Jahre Franz Schönhubers „Republikanern“ das verdiente Aus, es waren Wähler und Wählerinnen. Unterdessen hat die Bindekraft der etablierten Parteien und das Vertrauen in die politischen und medialen Eliten weiter nachgelassen, und das europäische und globale Umfeld demonstriert, dass der Autoritarismus auf dem Wählermarkt wettbewerbsfähig ist. Statt ihn zu ächten, ist das Koalitionstau in Europa schon mehrfach gebrochen worden; in Thüringen hätte die AfD vergangenes Jahr um ein Haar eine Option auf Teilhabe an der Regierungsmacht zugespielt bekommen.

Wer die radikale Rechte aufhalten will, darf die Auseinandersetzung nicht an einen Geheimdienst und ein Gericht delegieren. Die robuste Verteidigung der Demokratie muss nicht nur der AfD Paroli bieten, sondern auch überzeugende Wege aus den Krisen der Gegenwart weisen. Wer nach einem Parteiverbot schielt, hat diesen bitter notwendigen Kampf im Grunde schon aufgegeben.



PROF. DR. CLAUS LEGGEWIE

ist Ludwig Börne-Professor an der Universität Gießen und hat zusammen mit Horst Meier und Johannes Lichdi das Scheitern des NPD-Verbotsverfahrens 2016/17 in der Zeitschrift „Recht und Politik“ kommentiert.

DER HAUPTSTADTBRIEF. Der Hauptstadtbrief - Bester Journalismus samstags und sonntags in Ihrem Postfach. Jetzt bestellen auf: www.derhauptstadtbrief.de/newsletter

DIREKT-NACHRICHT



ANNE WIZOREK

ist freie Beraterin für digitale Strategien und Autorin. Ihr Twitter Handle ist @marthadear.

Kraftakt

Mit dem 25. November, dem internationalen Tag zur Beiseitigung von Gewalt gegen Frauen, ist gerade ein Datum vorbeigegangen, an dem das Reden über geschlechtsspezifische Gewalt zumindest eine gefühlte Allgegenwärtigkeit erreicht hat. Die mediale Berichterstattung hat gegenüber den Vorjahren definitiv zugenommen. Eine gute und überfällige Entwicklung, die all jenen zu verdanken ist, für die das Thema unabhängig vom Datum ganz oben auf der Agenda steht.

Ein Beigeschmack bleibt allerdings, wenn Frauenschutzhäuser und Fachberatungsstellen gezwungen sind, ihre zahlreichen Anliegen in einen Tag und knackige Zitate quetschen zu müssen – stets in Sorge, dass ihnen danach erneut kaum zugehört wird.

Es heißt immer, Medien brauchen Aufhänger, um über Themen berichten zu können. Warum ist dann allein die Tatsache, dass jeden dritten Tag eine Frau in Deutschland durch ihren (Ex-)Partner getötet wird, noch nicht Anlass genug für mehr Meldungen? Eine regelmäßige, sensible, differenzierte Berichterstattung über geschlechtsspezifische Gewalt mit Blick auf die verantwortlichen Strukturen ist schließlich kein Aktivismus. Sie gehört zum journalistischen Auftrag, um das Ausmaß dieses massiven Problems und damit die Realität unserer Gesellschaft abzubilden. Neben Erfahrungen Betroffener hieße das aber auch, Raum dafür zu geben, wie geschlechtsspezifische Gewalt eigentlich verhindert werden kann.

Fehlende Aufmerksamkeit ist leider nur ein Problem von vielen. Auch die Finanzierung von Schutz- einrichtungen und Hilfsangeboten ist weiterhin verdammt schlecht und ein durch Corona oft noch weiter ausgedünnter Flickenteppich aus Mitteln der Länder, Kommunen und bittrenötigen Spenden. Mitarbeiter_innen werden in die Position der Bittsteller_innen gedrängt, obwohl sie einen unerlässlichen Job machen. Ein kaum zu leistender Kraftakt, wenn man eh schon am Rande der Kapazitäten arbeitet. Statt Berater_innen durch den brennenden Reifen in Form von Förderanträgen springen zu lassen und so gute Arbeitsbedingungen zu verhindern, muss endlich die bundeseinheitliche Finanzierung auf gesetzlicher Grundlage her.

Daten wie der 25. November sind wichtig, doch sie dürfen nicht zu bloßen Ritualen verkommen. Die Forderungen im Kampf gegen geschlechtsspezifische Gewalt sind nicht zuletzt mit der Istanbul-Konvention klar formuliert. Ihre Umsetzung darf, gerade bei der wachsenden Zahl Betroffener, nicht länger warten.